

scheidende Waffe gegeben, um aus eigener Kraft den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage siegreich zu Ende zu führen. Das ist der Hauptunterschied in der Zielsetzung und im Ergebnis der bisherigen Politik der Westmächte und der Sowjetunion in der Lösung der Deutschlandfrage.

Die unterschiedliche Behandlung der deutschen Frage durch die vier Besatzungsmächte seit 1945 hat dem deutschen Volk den Blick dafür geöffnet, welches seine wahren Freunde sind, aber auch dafür, welche Kräfte es sind, deren Politik auf die skrupellose Nutzbarmachung des deutschen Volkes für die eigenen imperialistischen Interessen gerichtet ist. Auf Grund der Entwicklung seit 1945 haben große Teile des deutschen Volkes erkannt, daß der anglo-amerikanische Imperialismus der Hauptfeind des deutschen Volkes ist. Die Antisowjethetze als ein Mittel der westlichen Kriegstreiber bei der psychologischen Vorbereitung des deutschen Volkes für den Krieg wird immer wirkungsloser. Immer mehr Millionen Deutscher gelangen durch die unwiderlegliche Sprache der Tatsachen zu der Erkenntnis, daß die Sowjetunion es ist, die sich, durch ihre Politik gerade nach 1945 als Helfer und Freund des deutschen Volkes erwiesen hat und daß die feste und unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk die entscheidende Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und für die Sicherung eines festen und dauerhaften Friedens in Europa ist. Das ständige Anwachsen der Mitgliederzahl der Gesellschaft für

deutsch-sowjetische Freundschaft, die inzwischen zu einer Massenbewegung unseres Volkes geworden ist, ist der beste Beweis dafür, wie weite Kreise des Volkes sich darüber klar geworden sind.

Das deutsche Volk muß aber noch zu der wahren Erkenntnis gelangen, daß der Kampf um die Wiedererlangung der Souveränität der deutschen Nation und der Einheit unseres Landes seine ureigenste Sache ist und sein muß. Das deutsche Volk ist mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 und mit der Verkündung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in einen neuen Abschnitt seines nationalen Befreiungskampfes eingetreten. Es ist Aufgabe jedes deutschen Patrioten, die Deutsche Demokratische Republik als die feste Basis und die Hauptstütze im Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes zu stärken und zu festigen. Es ist Aufgabe jedes deutschen Patrioten, sich zu den Forderungen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu bekennen und für sie zu kämpfen, damit die gesammelte Kraft der ganzen Nation gegen die westlichen Imperialisten gerichtet wird, die bisher die Einheit Deutschlands verhindert, seine nationale Unabhängigkeit mißachten und den Aufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschland zu verhindern suchen. Wenn diese Aufgaben erfüllt werden, so wird das deutsche Volk an der Seite der großen Sowjetunion seine nationale Frage allen Widerständen zum Trotz so lösen, wie es im Interesse aller werktätigen Deutschen und im Interesse der Erhaltung des Friedens in der Welt liegt.

Die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß die Sache der nationalen Unterdrückung eine verlorene Sache ist, die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker aber eine unwiderstehliche Kraft darstellt, der der Sieg gehört.

(Otto Grotewohl in der Regierungserklärung vom 17. Mai 1950.)

Die dritte Justiztagung in der Deutschen Demokratischen Republik

Die dritte Justiztagung, die am 6. Mai 1950 im großen Festsaal des Hauses der Ministerien in Berlin vom Ministerium der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik aus Anlaß des Abschlusses des Justizwettbewerbs durchgeführt wurde, stand ganz im Zeichen der weiteren Demokratisierung der Justiz.

Während die im Juni 1948 von der Deutschen Justizverwaltung veranstaltete erste Justiztagung einen für die Demokratisierung der Justiz entscheidenden Schritt bedeutete und die zweite Tagung vom 25./26. November 1948 bereits eine Festigung der Zusammenarbeit der Justiz mit den Parteien und anderen Verwaltungsstellen erkennen ließ, war die dritte Justiztagung, die Männer und Frauen der Justiz und der Verwaltungen mit den Werktätigen der Massenorganisationen, vor allem Vertretern des FDGB, des DFD, der FDJ und Aktivisten der volkseigenen Wirtschaft (aus Industrie und Landwirtschaft) zu gemeinsamer Arbeit vereinigte, ein Ausdruck dafür, daß sich die Justiz der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Wege zu einer wahren Volksjustiz befindet.

Eingeleitet wurde die dritte Justiztagung von dem Minister der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik, **Max Fechner**, der in seinen Begrüßungsworten auf die ganz besondere Bedeutung dieser Ta-

gung hinwies, die darin besteht, daß zum ersten Male in der Geschichte der Deutschen Justiz die Frage der erfolgreichen Durchführung eines Justizwettbewerbes im Mittelpunkt der Erörterungen einer Juristenkonferenz steht.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer und Gäste, darunter Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission, berief der Minister der Justiz neben dem Generalstaatsanwalt, dem Präsidenten und der Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik und den Justizministern der Länder u. a. auch Reichsminister a. D. Dr. Schiffer, die Generalsekretärin der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands Dr. Hilde Neumann, Rechtsanwalt Dr. Wessig (Hamburg), die Aktivisten Bruno Kiessler (MAS Köckte), Rudolf Riedel (Stahlwerk Riesa) und Maria Wald (Volksgut Walkendorf) sowie Vertreter der Parteien, des FDGB, des DFD, der VVN und der FDJ in das Präsidium.

Der Leiter der Konferenz, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dr. Dr. Brandt, brachte der Versammlung eine Begrüßungsadresse des Ministerpräsidenten Grotewohl zur Kenntnis, in der dieser der Tagung und allen Mitarbeitern der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik und den Gästen die besten